

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 53 (1980)

Heft: 3

Artikel: Woher sollen die notwendigen Mittel für die Schliessung der Lücken in unserer Bewaffnung kommen?

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-518776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Woher sollen die notwendigen Mittel für die Schliessung der Lücken in unserer Bewaffnung kommen ?

Spiegelfechterei um die Idee einer Wehranleihe

Unsere Sicherheitspolitik sollte nach bestimmten Grundsätzen gestaltet werden. Diese Prinzipien müssen nicht jedesmal neu erfunden werden, weder von Bundesrat und Parlament noch von der einen oder anderen Partei. Wir haben sie nämlich. Diese Prinzipien aufzustellen und zu begründen, war der Zweck des Dokumentes, das der Bundesrat 1973 als Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz den eidgenössischen Räten zuleitete. National- und Ständerat berieten den Bericht und nahmen davon zustimmend Kenntnis.

Bedrohung als Maßstab

Das Wesentliche am Bericht über die Sicherheitspolitik war, dass er die grundlegenden Ziele im sicherheitspolitischen Bereich festlegte und generelle Verhaltensregeln aufstellte. Vor allem zwei Regeln wurden definiert, die allgemein gültig sind: Die Ausrichtung unserer sicherheitspolitischen Anstrengungen auf die Abwendung des Krieges von unserem Land; sodann die Orientierung unserer Sicherheitspolitik an der potentiellen Bedrohung. Was es grundsätzlich zu tun gilt, sollte damit klar sein: Kriegsverhinderung, namentlich durch glaubwürdig vor Augen geführte Verteidigungsbereitschaft, das heisst Dissuasion; weiter die Vorbereitung einer Verteidigung mit Kräften und Mitteln, die auf die Kräfte und Mittel ausgerichtet sind, welche gegen die Schweiz eingesetzt werden könnten. Und da man weiss oder wissen kann, welche Kräfte und Mittel gegen unser Land in die Waagschale geworfen werden könnten, sind wir verstandesmässig in der Lage, die Anforderungen an das militärische Instrument zu bestimmen, das eben der Bedrohung entspricht. Die Realisierung dieses Instruments ist dann eine Frage der Kosten und des technischen Vermögens. Mit der Ausnahme einer abschreckend wirkenden Atombewaffnung können wir die Massnahmen im militärischen Bereich verwirklichen, die uns eine echte Chance bieten, sowohl den Krieg vom Land fernzuhalten als auch in einem uns aufgezwungenen Kampf zu bestehen.

Massvolles Armeeleitbild 80

Was in diesem Sinn im Blick auf die frühen 80er Jahre nötig war und ist, erläuterte der Bericht des Bundesrates über das Armeeleitbild 80. Dieses «Leitbild» stellte nichts anderes dar als, wie es der heutige Ausbildungschef seinerzeit ausdrückte, einen Plan der nächsten Schritte. Dabei versuchte man gar nicht erst, Maximalforderungen zu erfüllen oder auch nur das Optimum zu erreichen. Wir beurteilten das Vorgesehene 1975 als das, was eigentlich bereits in den 70er Jahren hätte vorhanden sein müssen. Nicht dass man die Bedrohung verkannt hätte. Der vorgenannte Bericht zeigte sie realistisch auf. Aber man schielte ständig, und nach Art des sparsamen eidgenössischen Hausvaters, auf die Finanzen. Also nahm man sich vor, zweifellos richtige Massnahmen zu ergreifen, sie aber, was die Einführung neuer Waffen angeht, in einem eher gemächlichen Rhythmus in die Tat umzusetzen. Und das rief lebhaft Kritik vor allem im Nationalrat hervor, wo man im Juni 1976 bei der Beratung des Berichtes über das Armeeleitbild 80 beschleunigte Modernisierungsmassnahmen verlangte. Im Bewusstsein der finanziellen Probleme des Bundes und der Abneigung der heterogenen Regie-

rungsmehrheit, die wir haben, gegen das Setzen klarer Prioritäten wurden Postulate vorgelegt und überwiesen, die den Bundesrat einluden, die allenfalls fehlenden finanziellen Mittel für die zeitige Realisierung des Armeeleitbildes 80 auf dem Anleihensweg zu beschaffen. (Postulate Schalcher und Graf).

Mittlerweile hat sich die Finanzmisere des Bundes — nach zwei verworfenen Finanzvorlagen — verschärft. Es muss gespart werden. Der Bundesrat gab bisher zu erkennen, er wolle die Landesverteidigung schonen. Aber auch sie muss Opfer bringen. Um das Armeeleitbild in bezug auf die Einführung modernen Materials beziehungsweise die Schliessung vorhandener Lücken bis 1985 zu verwirklichen, braucht es in der Periode 1980 bis 1984 gemäss der Auffassung des Generalstabschefs 6,4 Milliarden Franken. Ein nationalrätliches Postulat vom 25. Oktober 1978 unterstützte dieses Begehren. Die erwähnte kritische Lage der Bundesfinanzen und die Bedenken des Bundesrates, anderen, angeblich populäreren Bereichen als der Landesverteidigung grössere Abstriche zuzumuten, haben dazu geführt, dass dem EMD als Planungsrichtlinie bis 1983 weniger als 4 Milliarden für die Verbesserung der Bewaffnung zugebilligt wurden. Das ist, extrapoliert auf 1984, fast ein Viertel weniger als das, was die rechtzeitige — Mitte 80er Jahre — Realisierung des Armeeleitbildes 80 erheischt.

Wieso Widerstand gegen die Wehranleihe?

Die Frage nach der Wehranleihe, wie immer diese im einzelnen ausgestaltet werde, ist damit buchstäblich zur Gretchenfrage geworden. Wie will man denn mit dem aufgezeigten Dilemma anders fertig werden? Wie die Dinge liegen, fehlen etwa 2 Milliarden, um das Notwendigste hinsichtlich Steigerung der materiellen Kampfkraft unserer Armee zu finanzieren.

Da mutet es eigenartig an, wenn von einer politischen Seite, deren Bekenntnis zur Unabhängigkeit des Landes und damit auch zu einer glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft keinem Zweifel unterliegt, gegen die Wehranleihe Stellung genommen wird. Man macht geltend, die Landesverteidigung zähle zu den ursprünglichsten vorrangigen Aufgaben des Bundes, es sei denn auch Aufgabe des Bundes, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Und man weiss, wie man das sagt, sehr genau, dass in unserem politischen Klima, bei der gegebenen parteipolitischen Zusammensetzung unserer Regierung, sogenannte «*décisions déchirantes*», das heisst das Setzen klarer Prioritäten, die natürlich zu Lasten anderer Anliegen gehen, schlicht nicht drin liegen. Der Hinweis auf die verfassungsmässige Pflicht des Bundes, eine ausreichend gerüstete Armee zu erhalten, nimmt sich unter diesen Voraussetzungen wie Geisterbeschwörung aus. Es gibt, wie unsere Politik und die Menschen, die sie machen, nun einmal sind, derzeit keine erkennbare Alternative zur Beschaffung eines Teils der Mittel, welche die Anpassung unserer Bewaffnung an die Bedrohung verlangt, auf dem Kapitalmarkt.

Vor dem Hintergrund sowjetischer Überlegenheit

Die jüngste Zuspitzung der internationalen Lage, die sich insbesondere im sowjetischen Feldzug gegen Afghanistan manifestiert — von einem Feldzug muss man wohl sprechen, nachdem mehrere sowjetische Armeen (nach unserer Terminologie Armeekorps) dort im Einsatz stehen und bis jetzt rund 3000 Sowjetsoldaten gefallen sind — sollte die Dringlichkeit der Realisierung des Armeeleitbildes 80 den Verantwortlichen zum Bewusstsein bringen. Denn der unbekümmerte sowjetische Vorstoss in diese geostrategisch hochbedeutsame Region ist kein Zufall, sondern Ausdruck des dank militärischer Überlegenheit in wesentlichen Bereichen erweiterten strategischen Handlungsspielraumes Moskaus.

Dominique Brunner